

Grundlinien für die zukünftige akademische Zusammenarbeit mit den 12 Ländern der Region **Russland / Östliche Partnerschaft / Zentralasien**¹

Zusammenfassung

Die tiefgehende politische Kontroverse zwischen dem Westen und Russland am Anfang des Jahres 2014 gibt Anlass, auch die bisherige Ausrichtung des Akademischen Austauschs als Bestandteil der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP)² in Bezug auf den postsowjetischen Raum kritisch zu reflektieren und den veränderten Bedingungen anzupassen.

Eine Bestandsaufnahme des massiven Auf- und Ausbaus des Akademischen Austauschs mit dem Osten seit dem Fall des Eisernen Vorhangs zeigt, dass es gelungen ist, ein weitreichendes Geflecht von Kooperationsbeziehungen mit den Hochschulen dieser Region aufzubauen, die einen erheblichen wissenschaftlichen Ertrag in Forschung und Lehre hervorbringen. Das Interesse von Studierenden, Forschenden und Lehrenden aus diesem Raum an Studien- und Forschungsaufenthalten in Deutschland ist kontinuierlich gewachsen, und die Bewerberzahlen haben in den letzten Jahren immer neue Höchststände erreicht.

Die politische Entwicklung zum Jahresanfang 2014 zeigt aber auch, dass ungeachtet der vielen Kontakte und Kooperationen völlig unterschiedliche Sichtweisen zwischen West und Ost zu hochrelevanten Fragen von Politik und Geschichte des 20. und 21. Jh. und zur Frage der Zukunft Europas bestehen.

Diese ernüchternde Erkenntnis schmälert nicht den Wert der bisherigen, breit angelegten Maßnahmen der AKBP für diese Region. Schließlich konnte man nicht davon ausgehen, dass die jahrzehntelange Spaltung Europas im Kalten Krieg, welche auch tiefgreifende soziokulturelle Prägungen hinterlassen hat, sich in wenig mehr als 20 Jahren überwinden ließe.

In Europa können wir es uns beim Verhältnis zu den Nachbarn im Osten noch weniger als in Beziehungen zu fernerer Teilen der Welt leisten, dass unterschiedliche Erfahrungen und Sichtweisen in Bezug auf politische Fragen zu Konfrontationen eskalieren.

Der akademische Austausch kann und muss einen Beitrag dazu leisten, mehr Gelegenheiten zu offenen Gesprächen und zum Austausch von Argumenten und Erfahrungen zu schaffen mit offenem Ergebnis und mit dem Ziel eines Erkenntnisgewinns für beide Seiten, auch Konfliktthemen sollten hier einbezogen werden.

¹ Östliche Partnerschaft: Belarus, Moldau, Ukraine, Armenien, Aserbaidschan, Georgien; Zentralasien: Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan.

² Dieses Papier legt den Schwerpunkt der Betrachtung auf die AKBP, deren Maßnahmen des DAAD überwiegend aus Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziert werden. In die Darstellung einbezogen werden unter anderem auch Förderungen aus Mitteln des BMBF für deutsche Studierende und junge Wissenschaftler, für das Sonderprogramm GoEast und für TNB-Projekte. Bis auf Russland sind sämtliche Länder der Region in der DAC-Liste als Entwicklungsländer aufgeführt. Förderungen aus dem Bereich des BMZ werden hier jedoch nicht separat ausgewiesen. Die Rolle der Hochschulen im Entwicklungsprozess wird vom DAAD an anderer Stelle („Hochschulen und Entwicklung“) dargelegt.

Es wird empfohlen, bei der Umsetzung der DAAD-Strategie 2020 folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. **Stärkere regionale Differenzierung** der Fördermaßnahmen, um angemessen auf die zunehmend heterogenen Entwicklungen im postsowjetischen Raum einzugehen.
2. **Mehr multilaterale Maßnahmen**, um Austausch und Debatte unterschiedlicher Positionen, Erfahrungen und Argumente über die Zukunft Osteuropas zu ermöglichen.
3. **Die hochschulpolitischen Prioritäten der Partnerseite stärker berücksichtigen**, um das Commitment und den Ressourceneinsatz der Partnerseite zu erhöhen und für die Erreichung gemeinsamer Ziele zu erschließen.

Im Weiteren erfolgt zunächst eine zusammenfassende Analyse der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Lage der Wissenschaft in der Region und dann eine Bestandsaufnahme des seit dem Fall des Eisernen Vorhangs erfolgten Auf- und Ausbaus des Akademischen Austauschs mit dieser Region. Schließlich werden Überlegungen zum weiteren Förderhandeln des DAAD dargestellt.

I. Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die 12 Länder der Region Russland/Östliche Partnerschaft/Zentralasien verbindet eine sehr starke soziokulturelle Prägung durch die gemeinsame Geschichte als frühere Bestandteile der Sowjetunion und der Umstand, dass sie bisher keinem anderen Staatenverbund (etwa der EU) beigetreten sind.³

Die Länder des ehemaligen sozialistischen Ostblocks einschließlich der Balkanstaaten wurden nach dem Fall des Eisernen Vorhangs insgesamt als **Transformationsstaaten** betrachtet, die sich in einem regional unterschiedlich verlaufenden Übergang zu demokratischen und marktwirtschaftlichen Gesellschaftsformen befinden. Die **Mitteleuropäischen Staaten** einschließlich des Baltikums und Teile des Balkans sind inzwischen Mitglieder von EU und NATO geworden. Die Balkankriege stellten einen großen Rückschlag für die Transformationsprozesse in dieser südosteuropäischen Region dar, dennoch konnten seit 2003/2004 sämtlichen Ländern des Westbalkans konkrete Beitrittsperspektiven für die EU aufgezeigt werden.

Anders sieht es bei der hier betrachteten Region des postsowjetischen Raumes aus, die zwar einen tiefgreifenden (aber regional sehr unterschiedlich verlaufenden) Transformationsprozess durchlaufen hat, für die es aber **bisher keine klare EU-Beitrittsperspektive** gibt.

Von ganz entscheidender Bedeutung ist, dass es sich bei diesem postsowjetischen Raum um das Zerfallsprodukt einer atomaren Supermacht des Kalten Krieges handelt. Der Zerfall dieser früheren Größe wird insbesondere in Russland von großen Teilen der Bevölkerung und der Eliten als Verlust und Niederlage gesehen, vielfach besteht der Wunsch, dies zukünftig durch den Erfolg einer neuen starken Machtpolitik zu kompensieren.

³Die Bedeutung der „Gemeinschaft unabhängiger Staaten – GUS“ hat inzwischen deutlich abgenommen. Georgien ist 2009 aus der GUS ausgetreten, Turkmenistan ist nur noch beigeordnetes Mitglied, die Ukraine erklärte im März 2014 den Austritt..

Mehr als 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wirken in den 12 Staaten des postsowjetischen Raums weiter in hohem Maße zentrifugale Kräfte, die eine **zunehmende Heterogenität der Staaten**, teilweise aber auch innerhalb der Gesellschaften hervorbringen. Die 12 postsowjetischen Staaten reichen **vom vergleichsweise hochentwickelten Industrieland Russland bis hin zu strukturschwachen Entwicklungsländern wie Kirgisistan und Tadschikistan**. Die sozialen, politischen, kulturellen und religiösen Unterschiede nehmen insgesamt weiter zu mit der Gefahr der Verschärfung vorhandener oder der Entstehung neuer Konfliktfelder. Dem steht im Westen die integrative Wirkung der EU gegenüber, deren Aktivitäten aber östlich der EU - namentlich von Russland - häufig als konfrontativ wahrgenommen werden. Innerhalb des postsowjetischen Raumes gibt es auch Ansätze für eigene politische und wirtschaftliche Staatenverbünde. So haben sich 2000 Russland, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan zur Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossen und 2011 gründeten Russland, Weißrussland und Kasachstan die Bildung einer Eurasischen Union (EAU). Ob diese Versuche, östlich der EU eigene Kooperationsstrukturen aufzubauen, die ertragreich und attraktiv sind, gelingen, muss sich noch zeigen.

In der EU gibt es bisher ein großes **Wissensdefizit über die Nachbarn im Osten**, es fehlt an klaren Vorstellungen über das zukünftige Verhältnis zu dieser Region und nicht zuletzt ist es nicht gelungen, vorhandene oder vermeintliche Interessensgegensätze von EU und Russland zu überwinden.

Verschiedene größere politische Rahmenprojekte betreffen die Region und weisen der Hochschulkooperation darin konkrete Aufgaben zu, so z.B. die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) das Konzept der EU für die Länder der östlichen Partnerschaft (2009), die EU-Zentralasieninitiative (2007), der Ostseerat (CBSS) und die Überlegungen der EU für eine Schwarzmeerstrategie.

Alle diese politischen Rahmenprojekte von Seiten der EU haben gemeinsam, dass sie in Bezug auf den postsowjetischen Raum auf **Partnerschaftlichkeit und Integration** angelegt sind. Dies entspricht einem breiten Konsens des Westens und insbesondere der EU in Bezug auf den postsowjetischen Raum: Ungeachtet gelegentlicher Turbulenzen und politischer Kontroversen kann **die Zeit seit dem Fall des Eisernen Vorhangs von 1989 bis Ende 2013 aus westlicher Perspektive als recht kontinuierliche Phase des Strebens nach Kooperation, Annäherung und Partnerschaftlichkeit in Bezug auf den postsowjetischen Raum** gesehen werden. Dies entspricht der Tradition der deutschen AKBP und dem Wesen des von Deutschland geförderten zivilgesellschaftlichen Dialogs mit Russland.

Die Umwälzungen in der Ukraine Anfang 2014 eröffnen einerseits die Chance eines demokratischen Neuanfangs und des Aufbaus von rechtsstaatlichen Strukturen, haben das Land allerdings auch in die Gefahr eines Auseinanderbrechens gebracht. Die Annexion der Krim durch Russland hat sich darüber hinaus zu einer **internationalen Krise** zwischen Russland und der EU, sowie den USA ausgeweitet.

Für die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dieser **Nachbarregion mit einer Bevölkerung von rund 280 Millionen Menschen in einem enormen geografischen Raum** gibt es weiterhin

- a) ein riesiges **Potential für die politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit**, welches im Interesse aller Seiten genutzt werden kann.
- b) ein beträchtliches **Risiko von Instabilität, Krisen und Konflikten**, denen die EU im eigenen Interesse entgegenwirken muss.

Bei diesen Herausforderungen kann und muss der Akademische Austausch als Teil der AKBP einen wichtigen Beitrag leisten.

II. Aktuelle politische Lage und Relevanz für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik mit dem postsowjetischen Raum

Mit der Eskalation der Konfrontation zwischen dem Westen und Russland im Hinblick auf die Ukraine seit Ende 2013 und schließlich der am 18.3.2014 durch Russland erklärten Annexion der Krim ist eine Zäsur eingetreten, welche eine Herausforderung für die bisherige Kontinuität der Politik des Westens in Bezug auf Russland im Sinne von Partnerschaftlichkeit und Integration darstellt.

Die politischen Spannungen zwischen dem Westen und Russland haben im Zusammenhang der Entwicklungen in der Ukraine und der Krim so stark zugenommen, dass ein Szenario von Sanktionen gegen Russland begonnen hat. In vielen Ländern Mitteleuropas wird aufgrund historischer Erfahrungen und geografischer Nähe die russische Politik als wesentlich bedrohlicher wahrgenommen als in Westeuropa, weshalb von dort auch erste Stimmen vernehmbar waren, die auch die Kontinuität der Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen der EU zu Russland in Frage stellen.

Diesbezüglich sollte jedoch weiter die klassische Position der deutschen Außenpolitik gelten, Sanktionen für den Bereich von Politik und Wirtschaft in Erwägung zu ziehen, nicht jedoch für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Akademischer Austausch ist Teil des zivilgesellschaftlichen Dialogs mit der russischen wissenschaftlichen Elite und Nachwuchselite, der dazu beiträgt, die von Deutschland und der EU vertretenen Werte und Positionen zu erklären und zu vermitteln und um auch der anderen Seite die Gelegenheit zu geben, ihre andere Perspektive und ihre Argumente vorzubringen und Verständigung zu erreichen.

Schließlich besagt das Selbstverständnis des DAAD als Mittlerorganisation der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP), dass dem DAAD die Aufgabe zukommt, **die Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen Deutschlands weltweit gerade auch dann zu fördern, wenn die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dafür schwierig sind**. Auf diese Weise soll über den Dialog eine Annäherung und gegenseitiges Verständnis gefördert werden, um so die Basis für die tiefere wissenschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zu schaffen.

Russland

Russland ist in der Region nach politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Aspekten insgesamt das mit Abstand bedeutendste Land, daher kommt ihm seit jeher eine Schlüsselrolle zu, nicht zuletzt, weil andere Länder der Region sich in Einzelfragen durchaus selbst dann an Russland orientieren, wenn es politische Differenzen gibt. Auch die Zugehörigkeit Russlands zur BRIC-Gruppe zeugt von der besonderen Bedeutung des Landes. **Innerhalb der BRIC-Staaten hat Russland das höchste pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt**, dies allerdings aufgrund seiner Rohstoffexporte und nicht aufgrund von moderner Industrieproduktion; seine industrielle Innovationsfähigkeit muss aber erst noch nachgewiesen werden. Die politische Krise um die Ukraine und die Annexion der Krim hat in der Folge auch die Krisenanfälligkeit der russischen Wirtschaft und die Abhängigkeit von den internationalen Rohstoffpreisen deutlich gemacht.

Die russische Regierung hat seit längerem die **Modernisierung** zum Hauptziel ihrer Politik erklärt. Deutschland wird dabei als besonders wichtiger Partner gesehen und die deutschen Hochschulen können daher im Rahmen der **Modernisierungspartnerschaft zwischen Deutschland und Russland** eine wichtige Rolle spielen. Dabei sind allerdings bisher auch **widersprüchliche Sichtweisen** zu Tage getreten: Die

russische Regierung versteht unter der Modernisierung in erster Linie die Modernisierung der industriellen Innovationsfähigkeit, während in Deutschland der Modernisierungsbegriff weiter gefasst und auf die gesamte Gesellschaft angewendet wird.

Gerade mit Russland ist ein tiefgehender **zivilgesellschaftlicher Dialog** bisher nicht in Gang gekommen. Dies führt in Kombination mit der wechselseitigen Unkenntnis zwischen Russland und Deutschland in weiten Teilen der Gesellschaft immer wieder zu Zerrbildern und Fehleinschätzungen auch in den Medien.

Länder der Östlichen Partnerschaft und Zentralasien

Die **Ukraine, Georgien** und **Kirgisistan** waren in der Region bisher am erfolgreichsten darin, eine aktive Zivilgesellschaft im Sinne einer „offenen Gesellschaft“ entstehen zu lassen, in der sich Interessengruppen von Bürgern relativ frei formieren und in offenen Debatten und mittels komplexer Verhandlungsprozesse an politischen Entscheidungen partizipieren. Das Entstehen dieser verhältnismäßig aktiven Zivilgesellschaft hat in diesen drei Ländern zu wiederholten Massenerhebungen oder Umstürzen geführt (Georgien 2003 und 2007, Kirgisistan 2005 und 2010 sog. „orangene Revolution“ in der Ukraine 2004 und schließlich Maidan 2014). Diese Entwicklungen werden vom Westen und von Russland aus völlig unterschiedlich bewertet: während im Westen die Zunahme demokratischer Partizipation und Pressefreiheit in den betreffenden Ländern überwiegend positiv gesehen wird, sieht die russische Regierung die dortige Entwicklung als Zone der Instabilität und Abwendung von Russland.

Über die historische Entstehung und Lage der Ukraine und ihre innere Zerrissenheit zwischen der russlandkritischen Westukraine und der tendenziell russlandfreundlichen Ostukraine gab es in den Medien zum Jahresbeginn 2014 ausführliche Analysen und Debatten. Die Ursachen sind sehr komplex und werden auch im Westen sehr kontrovers diskutiert, noch schwerer ist es, Prognosen über die Zukunft des Landes anzustellen. Festzuhalten ist, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung der Ukraine mit hohem persönlichem Einsatz gegen die bisherigen korrupten Eliten gekämpft und mit der Flucht von Präsident Janukowitsch deren vorläufige Niederlage erreicht hat. In den nächsten Monaten und Jahren wird sich zeigen, ob es der Ukraine gelingt, unter äußerst widrigen Umständen eine stabile Demokratie zu etablieren. Deutschland und die EU werden auch im eigenen Interesse an Stabilität in der Nachbarschaft die Ukraine bei dieser äußerst schwierigen Aufgabe unterstützen. Und: Stabilität in der Ukraine wird sich kaum ohne die Einbeziehung von Russland erreichen lassen.

An dieser Stelle kann keine umfassende Analyse der weiteren postsowjetischen Staaten geleistet werden, es sollen aber einige relevante Faktoren genannt werden. In weiten Teilen der Region haben sich mehr oder weniger autokratische Regime etabliert, die aber untereinander große Unterschiede in der Frage der Presse- und Meinungsfreiheit und der wirtschaftlichen Freiheiten aufweisen.

Kasachstan und **Aserbaidshjan** haben einen mit Russland ansatzweise vergleichbaren Wirtschaftsvorteil durch den Rohstoffreichtum; Turkmenistan ist zwar auch rohstoffreich, beschreitet mit seinem extrem abgeschotteten Weg eine Sonderrolle.

Belarus bleibt weiter politisch besonders isoliert, liegt aber am äußersten westlichen Rand der Region und ist daher erheblichen Einflüssen im Zusammenhang mit der Krise in der Ukraine 2013/2014 ausgesetzt.

Von den Turbulenzen um das gescheiterte EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine überdeckt wurde Ende 2013 der Umstand, dass Moldau und Georgien auf dem Gipfel in Vilnius ein solches paraphiert und damit ihren Willen zur weiteren Annäherung an die EU deutlich gemacht haben. Aber hier gibt es deutliche Unterschiede: während in Georgien kein Zweifel an einer Orientierung hin zur EU besteht, ist in

Moldau eine ähnliche Spaltung der Bevölkerung wie in der Ukraine nicht ausgeschlossen.

Die Region weist eine Reihe von Konfliktgebieten auf, die ein hohes Eskalationspotential bis hin zu internationalen Konflikten beinhalten, darunter der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Region **Berg-Karabach**, zwischen Georgien und Russland um die abtrünnigen Gebiete **Abchasien und Südossetien**, das von Moldau abtrünnige Gebiet **Transnistrien**, in Zentralasien gibt es diverse **Konfliktfelder um Wasser, Energie und Rohstoffe**.

Nach jahrzehntelanger Ideologie des Atheismus ist in allen Ländern des postsowjetischen Raumes eine mehr oder weniger starke Hinwendung zur Religiosität zu beobachten, als besonders konfliktträchtig ist dabei in einigen Regionen (besonders im Nordkaukasus) der extremistische Islamismus in Erscheinung getreten.

III. Das Hochschulsystem der Region im Wandel

Die Bildungs- und Wissenschaftssysteme der Region sind recht solide und breit angelegt und mit einer beträchtlichen Infrastruktur ausgestattet. In der sozialistischen Zeit haben sie zahlreiche Nobelpreisträger in den Naturwissenschaften hervorgebracht. Sie bieten **insgesamt weiterhin ein recht hohes Qualitätsniveau in der Hochschulbildung, insbesondere in den MINT-Fächern**. Sie wurden im Unterschied zu anderen gesellschaftlichen Bereichen keinem radikalen Wandel unterzogen, unterliegen aber einem starken Veränderungsdruck, nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen.

Andererseits können die Hochschulsysteme der Region insgesamt bisher überhaupt nicht mit der Innovations- und Leistungsfähigkeit der westlichen Wissenschaftssysteme und mit der rasanten Internationalisierung auch in vielen Schwellenländern mithalten.

Nach wie vor stellt die traditionell **starke Stellung der deutschen Sprache** einen wichtigen Vorteil für den akademischen Austausch deutscher Hochschulen mit dem postsowjetischen Raum dar. Zur Zeit der Gründung der ersten russischen Universitäten im 18. Jahrhundert orientierte man sich am deutschen Vorbild und zunächst unterrichteten an diesen Hochschulen überwiegend deutsche Professoren in deutscher Sprache. Über viele Jahrhunderte waren deutsche Einwanderer in Russland willkommen und wurden besonders wegen ihrer Bildung und ihrer Fachkenntnisse geschätzt. Heute wird im postsowjetischen Raum auch im Bewusstsein dieser historischen Hintergründe **die deutsche Sprache weiter besonders als Wissenschaftssprache sehr geschätzt**. Auch wenn in Folge der Globalisierung inzwischen das Englische deutlich in den Vordergrund drängt, so ist das Ansehen des Deutschen weiterhin sehr hoch und es gibt ein großes Interesse und eine große Bereitschaft, im Rahmen von deutschlandbezogenen Studiengängen die deutsche Sprache zu lernen.

Russland

Die besondere Leistungsfähigkeit des russischen Hochschulsystems hat sich nicht zuletzt dadurch gezeigt, dass es in der Lage war, die explosionsartige Zunahme der Studierendenzahlen (von rund 1 Mio. Studierenden in der gesamten Sowjetunion auf insgesamt über 7 Mio. im Jahr 2012 an mehr als 3.500 russischen Hochschulen) zu verkraften, allerdings nicht ohne teils drastische Qualitätseinbußen und einen Wild-

wuchs von kleinen Privathochschulen und zahlreichen Hochschulfilialen, an denen insbesondere eine riesige Zahl von Studienplätzen in Wirtschaft/Management und Jura gegen Studiengebühren angeboten wird.

Die seit etwa 2009 durch die russische Regierung vorgenommene und zunehmend radikal umgesetzte **Neustrukturierung des russischen Hochschulwesens** war insofern überfällig: Zahlreiche qualitativ schwache Hochschulen wurden seither geschlossen oder fusioniert. Seit 2013 wurde eine Gruppe von zwischenzeitlich über 40 sogenannten „**Führenden Universitäten**“ gebildet, von denen allerdings nur die sogenannten „Nationalen Forschungsuniversitäten“ über ein Wettbewerbsverfahren identifiziert wurden, die Festlegung der Hauptuniversitäten St. Petersburg und der Lomonosov-Universität sowie der weiteren 8 Föderalen Universitäten mit regionaler Zuständigkeit für die russischen Föderalen Bezirke wurde politisch entschieden. Der fachliche Schwerpunkt der „Führenden Universitäten“ liegt bisher bei den MINT-Fächern als den klassischen Stärken der russischen Wissenschaft.

Diese „Führenden Universitäten“ erhalten inzwischen enorme zusätzliche finanzielle Mittel, die Ihnen erlauben, moderne Labortechnologie anzuschaffen, die Gebäude zu sanieren und die Gehälter zu erhöhen, es werden zahlreiche neue Positionen für junge Wissenschaftler ausgeschrieben, die viel besser bezahlt und deutlich attraktiver sind. Das Projekt „5/100“ der Regierung hat auf Basis einer Ausschreibung 12 Hochschulen ausgewählt, von denen es bis 2020 mindestens fünf unter die ersten 100 Plätze in internationalen Rankings schaffen sollen.

Die Regierung hat für die führenden Hochschulen außerdem ambitionierte Internationalisierungsparameter als Zielvorgabe vorgegeben, die eine hohe Zahl von Publikationen in internationalen wissenschaftlichen Zeitschriften vorsehen, sowie einen deutlich erhöhten Anteil ausländischer Lehrkräfte und einen Anteil von 15% ausländischer Studierender (aktuell überwiegend im Bereich von ca. 0,5-2,5% je nach Hochschule).

Die genannte Neustrukturierung der russischen Universitäten und die dafür eingesetzten Finanzmittel haben eine große Wirkung entfaltet. Inzwischen ist auch ein Generationswechsel zu einer nicht mehr sowjetisch geprägten Wissenschaftlergeneration in Gang und es ist unübersehbar, dass an vielen Hochschulen auch **inhaltlich und strukturell tiefgreifende Erneuerungen im Gang** sind. Jedoch scheint es wenig realistisch, die genannten Ziele hinsichtlich des Erfolges in internationalen Rankings und hinsichtlich der Internationalisierung in so kurzer Zeit zu erreichen. Trotz aller Dynamik gibt es auch ein starkes Beharrungsvermögen und um attraktiv für ausländische Studierende und Lehrende zu werden, müsste es einen radikalen Mentalitätswandel in Russland zu einer Willkommenskultur an russischen Hochschulen geben, der so noch nicht erkennbar ist.

Erstaunlich ist, dass die russische Bürokratie auch hier einer Modernisierung im Weg steht und zwar speziell im Bereich von Anerkennungsfragen. Zwar hat Russland auch die „Lissaboner Konvention“ 1999 unterzeichnet und 2000 ratifiziert, nach Erfahrung des DAAD aber bisher in weiten Teilen nicht umgesetzt. Das BMBF-finanzierte DAAD-Förderprogramm für Doppelabschlüsse ausländischer und deutscher Hochschulen ist in besonderer Weise geeignet, russische Hochschulen dabei zu unterstützen, attraktive Studiengänge für deutsche und andere ausländische Studierende in Kooperation mit deutschen Hochschulen aufzubauen. Aber bei den derzeit neun durch den DAAD geförderten Doppelabschlussprojekten werden häufig Probleme bei der Zulassung deutscher bzw. europäischer BA-Absolventen zu russischen MA-Studiengängen gemeldet. Die russische Seite wird diese **Mobilitätshürden dringend abbauen** müssen, wenn sie ihre eigenen Internationalisierungsziele erreichen will. Bei den „Führenden Hochschulen“ zeichnet sich ab, dass sie einen höheren Grad an Hochschulautonomie erhalten sollen, der ihnen auch **eigene Entscheidungsspielräume** bei Anerkennungsfragen zubilligt. Dieser Prozess hat aber erst begonnen und bis zu einer Lösung ist es noch ein weiter Weg.

Länder der Östlichen Partnerschaft und Zentralasien

Die genannte zunehmende Heterogenität der Länder Osteuropas betrifft auch in weiten Teilen das Hochschulwesen. Nach Russland haben die **Ukraine** und **Belarus** trotz aller politischen und wirtschaftlichen Umstände noch die leistungsfähigsten Wissenschaftssysteme. Länder wie **Usbekistan** und **Turkmenistan** versuchen, ganz eigene Wege zu gehen, die sie weiter isolieren; in Ländern wie der **Ukraine, Georgien** und **Kirgisistan** gibt es partiell eine beachtliche Hochschulautonomie, andererseits häufig enorme wirtschaftliche Zwänge, die der freien Wissenschaft entgegenstehen. Ganz offensichtlich ist, dass alle Länder sehr aufmerksam die russische Neustrukturierung beobachten. **Kasachstan** folgt auch hier dem Beispiel Russlands mit der Konzentration auf wenige und dafür leistungsfähigere Hochschulen.

23 Jahre nach dem Zerfall der UdSSR und nach zahlreichen Modernisierungsmaßnahmen und einer weitgehenden Differenzierung ist das Hochschulwesen in den Staaten des postsowjetischen Raums auch heute noch von dem gemeinsamen sowjetischen Erbe geprägt. In der jeweiligen Hauptstadt besteht meist je eine „klassische“ Universität mit vollem Fächerspektrum. Diese klassischen und teilweise weitere Schlüsselhochschulen erhielten in den meisten Ländern der Region einen besonderen Status, meist das Attribut „National“ und erhalten nach einer langen Durstphase oft wieder eine solidere Finanzierung durch den Staat. Daneben bestehen – als Erbe sowjetischer Planwirtschaft - thematisch spezialisierte Hochschulen, z.B. in den Bereichen Landwirtschaft, Medizin, Wirtschaft, Pädagogik, Technik, Erdöl, Bauwesen, Winzereiwesen. Ein weiteres sowjetisches Erbe sind Sprachenhochschulen, die aus den Hochschulen zur Verbreitung der russischen Sprache hervorgegangen sind. Charakteristisch für das Hochschulwesen ist weiterhin die starke Anbindung der Hochschulen an das Bildungsministerium oder an Fachministerien (und dadurch eine geringe Autonomie) und der immer noch hohe Anteil fachfremder Lehrinhalte.

Seit den 90er Jahren eingeführte **Studiengebühren werden weitgehend akzeptiert und dienen der Finanzierung des Hochschulwesens**, staatlich finanzierte Studienplätze werden als Ergebnis von zentralen standardisierten Hochschulaufnahmeprüfungen vergeben. In Zentralasien und im Südkaukasus hat man sich dabei zum Teil mit US-amerikanischer oder türkischer Unterstützung vor allem an Modellen aus der Türkei und Südosteuropa orientiert. Insgesamt hat sich im Vergleich zur sowjetischen Zeit die Zahl der Studierenden vervielfacht, und es sind Bildungsmärkte entstanden, zum Teil nehmen bis über 50% der Schuljahrgänge ein Hochschulstudium auf. Georgien und Kirgisistan haben besonders liberale Hochschulsysteme, **Kasachstan und Aserbaidschan haben aufgrund des Rohstoffreichtums die besten Finanzierungsmöglichkeiten**, Kasachstan nutzt diese Mittel beim Aufbau von Prestigeobjekten (z.B. Nazarbaev-Universität in Astana, „Nationale“ Universitäten) und zur Erhöhung der Mobilität der Studierenden und des Lehrkörpers.

Ausnahmen bilden Usbekistan und Turkmenistan, der Hochschulzugang ist dort stark reglementiert, entsprechend hoch ist der Drang zum Studium in andere Staaten auszuweichen (z.B. nach Russland (25.000 Turkmenen, 7500 Usbeken), die Ukraine (13.000 Turkmenen), die Türkei (8.000 Turkmenen), Belarus oder Kirgisistan (10.000 Usbeken).

Die Anlehnung der russischen und sowjetischen Hochschultradition (Fünfstufiges Studium, Promotion, Habilitation) am deutschen Vorbild wurde und wird immer wieder als einendes Moment der Region benannt. Inzwischen hat sich das mehrgliedrige Studiensystem gemäß dem Bologna-Prozess in der Region durchgesetzt. **Russland wurde bereits 2003 Bologna-Mitglied, 2005 kamen die Ukraine, Moldau, Armenien, Aserbaidschan und Georgien hinzu, jüngstes Mitglied der Region ist seit 2010 Kasachstan.** Ein Antrag von Belarus auf Aufnahme in den Bologna-Prozess wurde 2012 wegen Zweifeln an der akademischen Freiheit in dem Land abgelehnt. In jüngster Zeit hat die Implementierung des Bologna-Prozesses in der Region weitere

Fortschritte gemacht. Dies schließt die Einführung von Akkreditierungs- und anderen Qualitätssicherungsinstrumenten ein. Der sowjetischen Tradition entsprechende Akademieinstitute, die die Trennung von Forschung und Lehre zementierten, wurden zum Teil aufgelöst bzw. den Hochschulen zugeordnet.

Ein weiteres einendes Phänomen der Region ist die **Gründung zahlreicher kommerzieller Hochschulen** sowie von **Hochschulen ausländischer Träger** bzw. mit ausländischer Beteiligung.

Generell ist der Einfluss der Türkei im Bildungsbereich im Südkaukasus und Zentralasien außer Usbekistan und Armenien sehr groß. Die türkische Fetthullah Gülen-Bewegung hat nicht nur die Gründung von privaten sogenannten türkischen Lyzeen, sondern auch von Hochschulen erfolgreich betrieben. Auch der türkische Staat ist unter anderem über Stiftungen mit Hochschulgründungen seit den 90er Jahren sehr aktiv: Hoca Ahmet Yesevi University in Turkestan (Kasachstan), Turkish-Kyrgyz Manas University in Bischkek, (Kirgisistan), Qafqaz University in Baku (Aserbaidschan), International Turkmen Turkish University in Ashgabat (Turkmenistan).

Sogenannte *Slawische* Universitäten (von der Russischen Föderation initiiert und zum Großteil vom russischen Bildungsministerium finanziert) gibt es in Bischkek, Duschanbe, Eriwan, in Baku (sowie in der Republik Moldau und in Belarus). Die sogenannten *American Universities* (Bischkek, Almaty, Eriwan, Tiflis), die sich früher oder später vollständig selbst finanzieren müssen, haben es aufgrund zu hoch angesetzter Studiengebühren und fehlender langfristiger Finanzierung nicht einfach, eine signifikante Bedeutung in der Hochschullandschaft einzunehmen, eine ähnliche Entwicklung gibt es bei der Kazakh-British-Technical University. Die britische Westminster-Universität in Taschkent hat dagegen aufgrund des allgemein sehr geringen Angebots an Studienplätzen in Usbekistan eine gute Position.

Der Status des Deutschen als oft 2. Fremdsprache vor dem Englischen nach dem Russischen in der Ausgangssituation Anfang der 90er Jahre konnte nicht gehalten werden. In Georgien und Aserbaidschan hat auch das Russische seine Bedeutung als wichtige Verkehrs- und Bildungssprache nahezu vollständig verloren, weitere Staaten folgen diesem Weg. Bemerkenswert ist, dass deutsche TNB-Projekte wesentlich dazu beitragen, größere Gruppen von Studierenden für ein Studium in deutscher Sprache qualifizieren und ähnlich wie Individualstipendien zu einer starken Deutschlandbindung führen. Von deutscher Seite werden im Rahmen der Transnationalen Bildung im Südkaukasus und in Zentralasien Studiengänge im Bereich Ingenieurwissenschaften, Landwirtschaft und Jura, Germanistische Institutspartnerschaften sowie mit der Deutsch-Kasachischen Universität mit einem ingenieurwissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Fächerspektrum eine ganze Hochschule gefördert.

Angesichts der verschiedenen in der Region Kaukasus-Zentralasien in den letzten Jahren eingetretenen **zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Konflikte** bietet der DAAD ein Förderprogramm zur Konfliktprävention an. Ziele des Programms sind die Stärkung multilateraler zwischenstaatlicher Verständigung, die Erarbeitung von Lösungsansätzen für bestehende Konflikte und Spannungen sowie die Ausbildung zukünftiger Entscheidungsträger und Multiplikatoren. Diese multilateralen Maßnahmen unter deutscher Regie haben sich als sehr erfolgreiches, Vertrauen schaffendes Instrument zur gegenseitigen Annäherung und zur Verbesserung der wissenschaftlichen Kooperation in der Region erwiesen.

Im Bereich der Projekt- und Individualförderung steht Deutschland in der Region für Kontinuität und Seriosität. Es wird geschätzt, dass der akademische Austausch das gesamte Fächerspektrum betrifft, inklusive der ingenieurwissenschaftlichen Fächer und der Medizin und dass Deutschland Wert auf einen partnerschaftlichen Ansatz legt.

Bei der Eliteförderung und bei den Regierungsstipendienprogrammen von Aserbaidschan und Kasachstan ist die überschätzte Bedeutung von internationalen Rankings durch die Partnerländer ein zunehmendes Problem. Hinzu kommt, dass deutsche Exzellenzhochschulen bzw. in Rankings erfolgreiche deutsche Hochschulen oft kein besonderes Interesse an der Region haben, da z.B. der Anreiz von Studiengebühren fehlt. Hier sollte der DAAD auf die Chancen hinweisen, die fachlich hervorragende und hoch motivierte Studierende aus der Region bieten.

Ein erhebliches Mobilitätshemmnis stellen die hohen formalen Hürden für Schulabsolventen aus der Region für den Hochschulzugang in Deutschland dar. Vielfach ist aber das Kompetenz- und Wissensniveau von Schulabsolventen aus der Region sehr hoch. Es stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, ob nicht individuelle Leistungsfeststellungen eine größere Rolle für den Hochschulzugang spielen sollten. Ein leichter Zugang zum grundständigen Studium für fachlich exzellente Schulabsolventen aus der Region wird auch die Nachfrage nach Deutsch als Fremdsprache wieder erhöhen.

IV. Status Quo der DAAD-Aktivitäten: Austauschspektrum und -volumen

Fördervolumen

Der DAAD hat gemäß Länderstatistik im Jahr 2012 ca. 47,3 Mio. €, überwiegend aus Mitteln des Auswärtigen Amtes und aus Mitteln des BMBF, für den akademischen Austausch mit den 12 Ländern der Region Russland, den Ländern der östlichen Partnerschaft und Zentralasien verwendet.

Davon entfielen ca. 20 Mio. € auf die Russische Föderation, auf die Ukraine und auf Kasachstan jeweils etwa 5,5 Mio. €.

2012	Finanzvolumen DAAD- Förderung €	DAAD-Mobilität		Lekto- rate (ohne IC)	DAAD- Infor- mati- onszen- tren (IC)	DAAD- Langzeit- Dozentu- ren	Bevöl- kerung in Mio. ca.	DAAD- Förde- rung € / Kopf der Bev.	F&E/ BiP 2011 ¹
		Aus- länder	Deut- sche						
Russland	20.043.835	3.755	1.688	31	3	3	141,9	0,14	1,12
Ukraine	5.680.230	1.556	330	13	1		45,9	0,12	0,73
Belarus	1.880.668	448	82	5	1		9,6	0,19	0,76
Moldau	921.498	172	42	1			3,3	0,28	0,41
Armenien	1.644.219	262	40		1	1	3,2	0,51	0,27
Aserbaidshjan	3.210.473	420	26		1		8,2	0,39	0,22
Georgien	2.564.999	393	117	2	1	1	4,6	0,55	n.a.
Kasachstan	5.457.893	712	118	3	1	1	16,4	0,33	0,16
Kirgisistan	2.408.210	383	94	1	1	2	5,2	0,46	0,16
Tadjikistan	1.088.186	236	48	0	1		7,3	0,15	0,12
Turkmenistan	377.656	31	3	2			5,0	0,07	0,12
Usbekistan	2.071.995	345	84	3			27,7	0,07	n.a.
Summe	47.349.862	8.713	2.672	61	11	8	278,3	0,17	

¹Ausgaben für Forschung und Entwicklung in % des BiP, Quelle: The World Bank. Zum Vergleich USA: 2,77, China: 1,84, Deutschland: 2,84, Brasilien: 1,16 (2010), Indien: n.a., Südafrika: 0,87 (2009)

Mobilität/Stipendien

Insgesamt wird durch DAAD-Stipendien und -Projektförderung die jährliche Mobilität von rund 8.700 Studierenden und Wissenschaftlern aus der Region nach Deutschland sowie 2.700 Deutschen in die Region ermöglicht (Stand der Angaben: 05/2012). Im weltweiten Vergleich besteht somit ein relativ **hohes, aber unausgeglichenes** Austauschniveau in einem Verhältnis von ca. 1:3,3 .

Diese Unausgeglichenheit ist noch größer hinsichtlich der Aufenthaltsdauer: die osteuropäischen Geförderten kommen zu einem erheblichen Teil als Jahresstipendiaten, die Deutschen tendieren eher nur zu Kurzaufenthalten von selten mehr als 1 - 2 Monaten in die Region. Noch deutlicher wird die Unausgewogenheit der akademischen Mobilität, wenn man Russland anhand der Studierendenzahlen (d.h. alle mobilen

Studierenden, auch ohne DAAD-Förderung) betrachtet: 2012 waren 10.400 russische Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben, jedoch nur 190 Deutsche an russischen Hochschulen. (zum Vergleich: in China waren 2010 insgesamt 4.800 deutsche Studierende eingeschrieben, 2003 waren es noch 1.280)

Bei den anderen Ländern sieht das Verhältnis nicht besser aus.

Das DAAD-Förderprogramm „GoEast“, finanziert aus BMBF-Mitteln, zielt seit 2002 darauf ab, mehr Deutsche für die Region zu interessieren und über Stipendien dorthin zu fördern. Besonders erfolgreich hat sich die GoEast-Sommerschulförderung entwickelt, die aber ausschließlich Kurzaufenthalte in der Region ermöglicht. Für westliche ausländische Studierende ist die Region für ein Hochschulstudium weiterhin nur wenig attraktiv.

Hinsichtlich der Nachfrage nach Individualstipendien aus der Region nach Deutschland war der Trend der vergangenen 20 Jahre eindeutig eine **Verlagerung von den Forschungsstipendien für junge Wissenschaftler hin zu Studienstipendien für Masterabschlüsse** in Deutschland. Gründe dafür sind die gesunkene Attraktivität einer wissenschaftlichen Karriere in der Region und fehlende Akzeptanz/Anerkennung für im Ausland durchgeführte Forschungsvorhaben.

Die Finanzierung von Stipendiaten aus der Region über **Regierungsstipendien** an deutsche Hochschulen ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen, im Jahr 2013 wurden 460 Stipendiaten entsprechend gefördert. Mit Russland sind dies vor allem **Matching-Funds-Programme** für Hochschullehrer (Lomonosov- und Kant-Programm), sowie Stipendien der Republiken **Tatarstan** (Hochschullehrer und Studienstipendien) und **Tschetschenien** (Studienstipendien). **Aserbaidshan** und **Kasachstan** („Bolaschak Programm“) fördern über den DAAD ebenfalls Studienstipendien in Deutschland.

DAAD-Alumniarbeit mit der Region

Ein Ergebnis der Vergabe von Individualstipendien in der Region ist die sehr rege fachliche Zusammenarbeit mit zahlreichen DAAD-Alumni. Mehr als 16.500 ehemalige Individualstipendiaten aus der Region sind als Alumni mit aktuellen Daten registriert und stehen in regelmäßigem Kontakt mit dem DAAD.

Insgesamt haben sich 15 nationale und regionale Alumni-Vereine für Geförderte aus der Region gegründet, sowie ein Verein deutscher Alumni.

Es finden regelmäßig zahlreiche DAAD-Fachveranstaltungen mit Alumni in der Region statt, in 2013 waren es 8 Veranstaltungen, für 2014 sind derzeit 5 geplant.

DAAD-Netzwerk in der Region

Der DAAD hat in den vergangenen 30 Jahren seine Regionalkompetenz für Osteuropa sowohl in Bonn als auch im Rahmen des Ausbaus seines Osteuropa-Netzwerkes von Außenstellen, DAAD-Informationszentren und Lektoraten kontinuierlich ausgebaut und erweitert. Für die Region Russland, Länder der Östlichen Partnerschaft und Zentralasien heißt das konkret, dass seit Einrichtung des ersten Lektorats in Moskau 1986 in der Region ein Netzwerk mit der **Außenstelle Moskau** und **11 DAAD-Informationszentren (IC)**: St. Petersburg, Novosibirsk, Kazan, Kiew, Minsk, Tiflis, Jerewan, Baku, Almaty, Bischkek, Duschanbe, aufgebaut wurde; darüber hinaus sind **60 Lektoren und 8 Langzeitdozenten** in der Region tätig.

DAAD-Projektförderung

Einen großen Teil der akademischen Mobilität zwischen der Region und Deutschland ermöglichen die Programme **Ostpartnerschaften** mit einem Volumen von jährlich

etwa 2 Mio. € und insgesamt rund 100 Partnerschaften zwischen deutschen und osteuropäischen Hochschulen, sowie die **Deutschsprachige Studiengänge (DSG)** mit einem Volumen von 1,5 Mio. € p.a. und 29 geförderten Projekten, davon 15 in der Region Russland/Östliche Partnerschaft/Zentralasien.

Aus den diversen Partnerschaften osteuropäischer und deutscher Hochschulen ist eine Reihe von besonders sichtbaren und ertragreichen Großprojekten in der Region hervorgegangen:

- Das Zentrum für Deutschland und Europastudien **ZDES** an der Universität St. Petersburg (in Kooperation mit der U Bielefeld in **Soziologie und Politologie**).
- Das Exzellenzzentrum für Forschung in den **Naturwissenschaften G-RISC** an der Universität St. Petersburg (in Kooperation mit der FU Berlin).
- Das Institut für Russisch-Deutsche Literatur- und Kulturbeziehungen **IRDLK** Moskau im Bereich der **Germanistik** (in Kooperation mit der U Freiburg).
- Seit 2012 wird von der Nationalen Tupolev-Forschungsuniversität Kazan zusammen mit einem Konsortium deutscher Hochschulen unter der Leitung durch die TU Ilmenau das German-Russian Institute für Advanced Technologies **GRIAT** im Bereich der **Ingenieurwissenschaften** vorbereitet. Das Neue an diesem Projekt ist, dass die Initiative, das Konzept und der weitaus überwiegende Teil der Finanzierung erstmals von russischer (bzw. tatarischer) Seite kommen. Das GRIAT wird aus Mitteln des BMBF im Bereich Transnationale Bildung (TNB) gefördert und soll zum September 2014 seinen Betrieb aufnehmen und feierlich eröffnet werden.
- Die **Deutsch-Kasachische Universität DKU** in Almaty mit **ingenieurwissenschaftlichen Fächern**, sowie **BWL** und **Internationale Beziehungen** mit dem Ziel der Ausstrahlung auf die Region im Sinne der **EU-Zentralasienstrategie**.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von größeren Projekten im Bereich von Doppelabschlüssen, Deutschsprachigen Studiengängen (DSG), und der Transnationalen Bildung TNB (gefördert aus Mitteln des AA und des BMBF) in einem breiten Fächerspektrum, darunter eine große Zahl im Bereich der Ingenieurwissenschaften, Jura und Wirtschaft. Als Beispiele seien an dieser Stelle die Deutschsprachigen Studiengänge „Deutsche und Europäische Studien“ an der Nationalen Universität „Kiewer Mohyla-Akademie“ und „Elektroingenieurwesen“ an den Technischen Universitäten von Kiew, Charkiw und Donezk genannt.

Neu aufgebaut wurden seit 2009 im Rahmen der Außenwissenschaftsinitiative zwei **themenspezifische Programme**, die aktuell besondere Relevanz haben: Die Programme **„Unterstützung der Demokratie in der Ukraine“** und **„Konfliktprävention für die Region Zentralasien, Kaukasus und Moldau“** fördern Sommerschulen und Fachkonferenzen für ausländische und deutsche Wissenschaftler und Studierende mit Fragestellungen, die für diese thematische Ausrichtung relevant sind.

Die **Zusammenarbeit in den Rechtswissenschaften mit Russland** hat eine lange Tradition und hat auch im Sinne der Modernisierungspartnerschaft einen besonderen Stellenwert bei der DAAD-Förderung. Hervorzuheben sind:

- Deutschsprachiger Studiengang „Deutsches Recht“ der U Regensburg / Lomonosov-U Moskau.
- Deutschsprachiger Studiengang „LL.M. Deutsches und internationales Wirtschaftsrecht“ der U Hamburg an der Staatlichen U St. Petersburg.

- Deutschsprachiger Studiengang „Deutsches Recht“ in Krasnojarsk der U Passau und der U Krasnojarsk.
- LL.M. „Deutsches und europäisches Wirtschaftsprivat- und Wirtschaftsverwaltungsrecht“ der FU Berlin und der Moskauer Staatlichen Hochschule für internationale Beziehungen MGIMO.

Deutsches Wissenschafts- und Innovationshaus (DWIH)

Das seit 2008/09 im Rahmen der Außenwissenschaftsinitiative unter der Konsortialführung des DAAD aufgebaute **Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus (DWIH) in Moskau** bietet den russischen Wissenschaftseinrichtungen mit zahlreichen gemeinsamen Maßnahmen und Veranstaltungen der deutschen Wissenschaftsorganisationen (DFG, Helmholtz, Fraunhofer, AvH und DAAD) sowie der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit, die Leistungsfähigkeit des Innovationsstandorts Deutschland kennenzulernen und mit den beteiligten Institutionen zusammenzuarbeiten. Das DWIH organisiert regelmäßig Fachvorträge deutscher Spitzenwissenschaftler und Wirtschaftsvertreter. Jährlich wird eine „Deutsch-russische Woche des jungen Wissenschaftlers“ (2013 in Novosibirsk zum Thema Luft- und Raumfahrt) durchgeführt. Jährlich werden mehr als 25 deutsch-russische Projekte durch das DWIH gefördert, in 2013 u.a. Workshops/Konferenzen zur Bauinformatik (Moskau), Meeresbiologie (Wladiwostok), innovative Baustoffe (Cheljabinsk), der Partnerschaft von Wirtschaft und Wissenschaft in der Bildung (Nizhnij Novgorod) und die vom BMBF organisierten Tage der deutschen Wissenschaft in Tomsk. Am 9. Dezember 2013 fand unter der Federführung des DWIH ein Spitzengespräch zwischen Vertretern der HRK und Rektoren der "Assoziation der führenden Hochschulen Russlands" in St. Petersburg statt.

Die Übersicht über die DAAD-Aktivitäten zeigt, dass es nach der langen Phase der Abgrenzung und Isolation in Folge des Kalten Krieges gelungen ist, ein enges und weitreichendes Geflecht von Hochschulkooperationsbeziehungen mit einem hohen Grad an akademischer Mobilität aufzubauen. Die weiter zunehmende politische und kulturelle Heterogenität der Region muss dabei zunehmend Berücksichtigung finden. Bisher sind die Hochschulkooperationsprojekte mit der Region überwiegend bilateral angelegt und schöpfen so das Potential der internationalen Wissenschaftszusammenarbeit, einen Beitrag zu Verständigung und Konfliktprävention zu leisten, noch nicht aus. Die Wissenschaftssysteme der Region verzeichnen – in unterschiedlicher Form und Intensität – zunehmend eigene Gestaltungsimpulse, die für die Zukunft der Wissenschaftsbeziehungen genutzt werden können.

V. Perspektiven

Die inzwischen erreichte Heterogenität der Region erfordert für die 12 Länder eine abgestufte Strategie mit unterschiedlichen Zielen:

- Für **Russland** und **Kasachstan** sollte der Akademische Austausch das Ziel haben, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft zu ergänzen und zu unterstützen und so das wechselseitige Verständnis zu erhöhen und **Wege von Interessensgegensätzen zu gemeinsamen Interessen aufzuzeigen**.

- **Moldau** und **Georgien** und die **Ukraine** sollten als Ergebnis der Unterzeichnung der Assoziierungsabkommen mit der EU auch im Bereich des akademischen Austauschs mehr Möglichkeiten erhalten. Die Abkommen mit der EU bieten zum einen jetzt konkret mehr Zugang zu EU-Fördermitteln für die Hochschulzusammenarbeit (Erasmus+), darüber hinaus sollten die **Chancen für neue Hochschulprojekte** mit diesen Ländern geprüft werden, die geeignet sind, einen Beitrag zur Annäherung an die EU zu leisten.
- Für die übrigen Länder wird es erforderlich sein **Chancen zu nutzen**, die sich für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit ergeben. In **Belarus** sind Strömungen erkennbar, die eine Überwindung der Isolation in Europa anstreben, offizielle Stellen signalisieren ein weiteres bestehendes Interesse an einem zukünftigen Bologna-Beitritt. Eine besondere Bedeutung kommt weiterhin dem Umgang mit Konflikten zu. **Armenien** und **Aserbaidschan** werden jedoch ohne eine langfristige Lösung des Berg-Karabach-Konflikts international beeinträchtigt bleiben, ebenso wie **Usbekistan** und **Turkmenistan** durch ihre unterschiedliche politische Abschottung. **Kirgisistan** und **Tadschikistan** stehen aufgrund der wirtschaftlichen Schwächen vor besonderen Herausforderungen in einer politisch sehr komplexen Region in enger Nachbarschaft zu Afghanistan.

Die Hochschulzusammenarbeit sollte dabei als ein wichtiger Bestandteil des zivilgesellschaftlichen Dialogs gesehen werden, der es Wissenschaftlern und Studierenden ermöglicht, einander zwischen Europa und den östlichen Nachbarn besser kennenzulernen, zu verstehen und gemeinsame (wissenschaftliche und gesellschaftliche) Ziele zu identifizieren. Eine wichtige Rolle können dabei **Gelegenheiten zu multilateralem Austausch** bieten: Angesichts der dargestellten zunehmenden Heterogenität der Region geben multilaterale Begegnungen die Gelegenheit, Fragestellungen aus mehreren Blickwinkeln zu betrachten und gemeinsame Ziele und Werte zu identifizieren, die andere Seiten nicht ausschließen.

Russland spielt unzweifelhaft eine Schlüsselrolle in der weiteren Entwicklung der Region und daher muss ein erheblicher Teil der Ressourcen für die Hochschulzusammenarbeit auf dieses Land ausgerichtet sein.

Unübersehbar ist in Russland, aber auch in vielen anderen Ländern der Region die **Tendenz, weitere strukturelle Hochschulreformen durchzuführen**, um die Wissenschaftssysteme zu modernisieren und international wettbewerbsfähig zu machen. In Russland, Kasachstan und Aserbaidschan werden dafür – in unterschiedlichem Umfang - erhebliche Mittel in den Aufbau neuer Hochschulstrukturen investiert, häufig mit fachlichen Prioritäten auf den klassischen fachlichen Stärken dieses Hochschulraums, den MINT-Fächern. Beim akademischen Austausch mit dieser Region sollten die staatlichen Prioritäten der dortigen Länder zukünftig noch stärker berücksichtigt werden, denn dies wird das Commitment der Partnerseite erhöhen und ermöglicht es, die Interessen beider Seiten bei Projekten im Bereich der Internationalisierung der Hochschulsysteme zu berücksichtigen.

Zusammengefasst werden somit folgende Empfehlungen für den akademischen Austausch mit der Region gegeben:

1. **Stärkere regionale Differenzierung** der Fördermaßnahmen, um angemessen auf die zunehmend heterogenen Entwicklungen im postsowjetischen Raum einzugehen.

2. **Mehr multilaterale Maßnahmen**, um Austausch und Debatte unterschiedlicher Positionen, Erfahrungen und Argumente über die Zukunft Osteuropas zu ermöglichen.
3. **Die hochschulpolitischen Prioritäten der Partnerseite stärker berücksichtigen**, um das Commitment und den Ressourceneinsatz der Partnerseite zu erhöhen und für die Erreichung gemeinsamer Ziele zu erschließen.

VI. Mittel- und langfristige strategische Ziele und Maßnahmen im Sinne der DAAD-Strategie 2020

Stipendien für die Besten

- Nachdem in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Mittel der russischen Regierung und der Republiken Tatarstan und Tschetschenien sowie der Regierungen von Aserbaidschan und Kasachstan eingeworben werden konnten, sollen **neue Modelle** entwickelt werden, die es **auch für einzelne Hochschulen attraktiv machen, ihre eigenen Mobilitätsmittel** (welche in Russland aktuell in besonders hohem Maße vorhanden sind) **in Kooperation mit deutschen Hochschulpartnern zu verwenden**.
- Der in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zurückgegangenen Nachfrage nach Forschungsstipendien sollte durch **neue Fördermodelle** entgegengewirkt werden, die darauf abzielen, dass es für Hochschulen der Region **attraktiver wird, ihre Nachwuchsforscher nach einem Forschungsaufenthalt an deutschen Hochschulen wieder aufzunehmen**, insbesondere durch kofinanzierte Reintegrationsprogramme.
- Die Zielsetzung der russischen Regierung für eine massive Internationalisierung ihrer Hochschulen soll dafür genutzt werden, die Anerkennungsproblematik als Mobilitätshindernis für Deutsche nach Russland abzubauen und endlich **mehr Deutsche für einen Studien- oder Forschungsaufenthalt in Russland** zu gewinnen, auch mit der Perspektive, dass dies für andere Länder der Region einen Vorbildcharakter hat.

Weltoffene Strukturen

- **Internationalisierungspartnerschaften mit führenden Universitäten der Region**. Der dargestellte Aufbau einer Exzellenzgruppe von inzwischen über 40 russischen „Führenden Universitäten“ dokumentiert eine ambitionierte Internationalisierungsstrategie der russischen Regierung, die vorsieht, dass diese Universitäten bis 2020 erfolgreiche Platzierungen in internationalen Rankings und einen hohen Anteil von ausländischen Lehrenden und Studierenden erreichen sollen. Dafür erhalten diese Hochschulen beträchtliche Mittel der russischen Regierung. Ähnliche Tendenzen sind in anderen Ländern der Region zu beobachten.

Zukünftige Maßnahmen im Sinne von neuen „Internationalisierungspartnerschaften“ mit der Region sollten in Kooperation mit deutschen Universitäten

Unterstützung beim Aufbau international ausgerichteter Masterstudiengänge leisten, einschließlich struktureller Unterstützung beim Aufbau von Curricula und Beratung von International Offices. Ein wichtiger Effekt wäre dabei, dass im Falle erfolgreicher Internationalisierung erstmals eine größere Anzahl ausländischer Hochschullehrer und Studierender aus dem Westen an Hochschulen der Region strömen und ihre Wissenschafts- und Diskussionskultur mitbringen würde.

- **Unterstützung der Ukraine** bei der Durchführung von Reformen für den **Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen** als dauerhafte Grundlage für politische Stabilität und wirtschaftliche Gesundung. Hierfür werden gut ausgebildete Spezialisten benötigt. Die derzeit sehr guten Verbindungen der Hochschulen zu Deutschland bieten dafür hervorragende Ansatzpunkte von Anfang an. Schwerpunkte der Ausbildung – auch vor dem Hinblick der bevorstehenden Zeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU – sind dabei Verwaltungsrecht, Verfassungsrecht, Rechtspflege, Strafrecht und Strafrechtsverfahrensrecht.
- Unterstützung der Ukraine beim **Aufbau einer konfliktfähigen Zivilgesellschaft**, in der Meinungsfreiheit, Kampf gegen Korruption und Vetternwirtschaft, Schutz von Minderheitenrechten und der Dialog der verschiedenen Ethnien angestrebt werden.
- **Nutzung der Erfahrungen anderer regionaler Netzwerke** in MOE und SOE für die Transformationsprozesse in der Ukraine. Auch und gerade die Einbeziehung der akademischen Eliten Russlands muss das Ziel sein.
- **Zusammenarbeit mit Russland im Sinne der Modernisierung/Transformation:** Ergänzung der bestehenden Fachzentren Russland (Gesellschaftswissenschaften: Zentrum für Deutschland- und Europastudien St. Petersburg ZDES; Naturwissenschaften: G-RISC St. Petersburg und Geisteswissenschaften: Germanistik an der RGGU Moskau) um ein **neues ingenieurwissenschaftliches Zentrum: das German-Russian Institute of Advanced Technologies GRIAT** an der Nationalen Tupolev-Forschungsuniversität **Kasan** als Flugschiffprojekt.
- **Russische Hochschulen und das russische Hochschulsystem bei den Internationalisierungszielen unterstützen.** Die administrativen/bürokratischen Rahmenbedingungen können mit den Internationalisierungszielen der russischen Regierung häufig nicht Schritt halten, sichtbar z.B. bei Anerkennungsfragen (hier wird die von Russland unterzeichnete Lisaboner Konvention noch nicht ausreichend umgesetzt). Der DAAD wird hier russische Hochschulen im Bereich von Doppelabschlussprogrammen und Deutschsprachigen Studiengängen besonders unterstützen und dabei **gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt, dem BMBF und der HRK Lösungen für die Anerkennungsproblematik finden.**
- **Neue Chancen für den zivilgesellschaftlichen Dialog eröffnen:** etwa durch die **Vernetzung** bestehender Projekte im Bereich der **Gesellschaftswissenschaften** (z.B. ZDES St. Petersburg, Klaus-Mehnert Institut Kaliningrad, Deutschsprachige Studiengänge im Bereich der Gesellschaftswissenschaften etc.) untereinander und ggf. Aufbau neuer aussichtsreicher Projekte.
- **Europäische multilaterale Dialoge aufbauen:** Um den europäischen Gedanken weiterzuentwickeln ist empfehlenswert, **mehr multilaterale Zusammenarbeit in Osteuropa** zu wagen. Ein Ansatz dazu ist die trilaterale Zusammenarbeit Deutschland-Polen-Russland. Empfohlen wird die Ausschrei-

bung eines neuen „Triolog“-Programmes für trilaterale Kooperationsprojekte polnischer, russischer und deutscher Hochschulen, welches in Anlehnung an die Förderstruktur der erfolgreichen DAAD-Programme „Förderung der Demokratie in der Ukraine“ und „Konfliktprävention Zentralasien/Kaukasus“ aufgebaut sein sollte. Zu den Zielen des Programmes könnte die gezielte Unterstützung der Vorbereitung nachhaltiger Strukturen gehören (gemeinsame Studiengänge, Forschungsprojekte und Doktoranden Betreuung).

Für die Entwicklung multilateraler Projekte soll das Potential der Vernetzung und des Ausbaus bestehender Programme und Projekte genutzt werden, wie etwa im thematischen Netzwerk „Kulturelle Kontakt- und Konfliktzonen im östlichen Europa“ unter Federführung der Universität Gießen mit Partnern in Lodz, Kazan und weiteren Ländern Osteuropas (gefördert aus Mitteln des BMBF); die Aktivitäten der beiden Zentren für Deutschland- und Europastudien St. Petersburg und Breslau (Willy-Brandt-Zentrum), beide gefördert aus Mitteln des Auswärtigen Amtes. Ein Ziel stellt dabei die Weiterentwicklung der vorhandenen Ansätze für Internationale Graduate-Schools an diesen Zentren dar.

- **Regionales Netzwerk Konfliktregionen Osteuropa:** Ziel dieser Maßnahmen ist es, in den existierenden und potentiellen Konfliktregionen Osteuropas über die Ukraine hinaus (aktuell: Westbalkan/SOE, Russland, Moldau einschl. Transnistrien, Kaukasus) Projekte und akademische Mobilität im Hinblick auf Konfliktprävention zu fördern. Die so geförderte akademische Zusammenarbeit zwischen Ländern der betroffenen Regionen untereinander und mit deutschen Partnern soll Verständigung und Annäherung fördern und auch einen Beitrag zur wirtschaftlichen Kooperation leisten.

Wissen für Wissenschaftskooperationen

- Die für die Region aufgebaute Regionalkompetenz der DAAD-Zentrale und des Außennetzwerkes des DAAD in der Region (Außenstelle Moskau, DAAD-Informationszentren, Lektorate und Langzeitdozenten) soll besser **sicht- und nutzbar gemacht werden für die deutschen Hochschulen und für Partner in Politik und Wirtschaft**. Beispielsweise sollen mehr wertvolle Regionalkenntnisse aus den Berichten des Netzwerks auch im Internet veröffentlicht werden. Die vorhandenen Instrumente des DAAD zur regelmäßigen Analyse der hochschulpolitischen Entwicklungen in der Region sollen erweitert und neu strukturiert werden, um schneller auf veränderten Bedarf oder Änderungen der Rahmenbedingungen reagieren zu können.

Der DAAD strebt an, angesichts der anhaltenden enormen Dynamik der Transformation in Osteuropa sein Regionalwissen stärker dafür zu nutzen, frühzeitig **Chancen, Risiken und Potentiale für akademische Zusammenarbeit** im Einklang mit politischen und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zu erkennen und **Handlungsoptionen aufzuzeigen**.

Angestrebt wird auch eine engere Verzahnung des osteuropaspezifischen Wissens des DAAD mit den Interessensschnittmengen von Politik und Wirtschaft: z.B. um **politische Entscheidungen auf deutscher oder europäischer Ebene durch außenwissenschaftspolitische Instrumente zu flankieren** und um die Innovationsressourcen der Hochschulzusammenarbeit mit Osteuropa für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Nachwuchsförderung zu verbinden.

- In diesem Zusammenhang steht auch das Plädoyer des DAAD, das Ziel des Koalitionsvertrags, die „Russland- und Osteuropa-Kompetenz in Deutschland auf eine solide Grundlage zu stellen“ so umzusetzen, dass **die vorhandene Osteuropakompetenz der deutschen Hochschulen dafür genutzt und weiter ausgebaut** wird, um so nachhaltigere Ergebnisse zu erzielen: Interdisziplinär angelegt im Sinne von „Area Studies“, unter Einbeziehung von Partnern im europäischen Umfeld, mit starkem Fokus auf die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Internationale Graduiertenschulen), mit Ausstrahlung auf Partner in Osteuropa (z.B. durch gemeinsame Masterstudiengänge mit osteuropäischen Partnern und regionale Fachkonferenzen etc.) und in Zusammenarbeit mit außeruniversitären Think Tanks und Forschungseinrichtungen, sowie der Wirtschaft. Der DAAD schlägt daher vor, ein "Regionalforschungszentrum Osteuropa/Eurasien" an einer entsprechend profilierten deutschen einzurichten.

Es wird in Zukunft darauf ankommen, die Lage und Veränderungen in der Region Russland/Östliche Partnerschaft/Zentralasien frühzeitig und systematisch zu analysieren und Handlungsoptionen aufzuzeigen.